



Die EnBW im Sinkflug

Das Unternehmen hatte im Berichtsjahr 2016 einen Rekordverlust von fast 2 Milliarden Euro erlitten, wodurch der Gesamtschuldenstand auf 10 Milliarden anstieg. Die Eigenkapitalsquote lag 2016 auf dem mickrigen Wert von 8,3 Prozent, was gegenüber dem Vorjahr einen Abschlag von 5 Prozentpunkte bedeutete. Wo soll unter diesen Umständen das Kapital für Neuinvestitionen herkommen? Kein Wunder, dass mit 800 Aktionären die Reihen im Karlsruher Kongresszentrum deutlich lückenhafter waren als in der Vergangenheit.

Reaktoren und Rückbau

Es waren die fünf *Kernkraftwerke* in Obrigheim, Philippsburg und Neckarwestheim, welche der EnBW über Jahrzehnte hinweg 50 Prozent ihres Konzerngewinns bescherten. KWO (mit 360 Megawatt), KPP 1 (930 MW) und GKN I (840 MW) mussten im Gefolge der Energiewende stillgelegt werden und befinden sich seitdem im Rückbau. Damit verbunden war ein dramatischer Finanzeinbruch, der nur dadurch gebändigt werden konnte, weil EnBW dem Land Baden-Württemberg samt einigen Landkreisen zu ca. 95 Prozent gehört und von diesen finanziell unterstützt wurde. Die ganz großen Atomkraftwerke KPP 2 (1.450 MW) und GKN II (1.400 MW) müssen gesetzesgemäß 2019 bzw. 2022 abgeschaltet werden. Das wird nochmals einen riesigen Gewinneinbruch verursachen.

Nicht im Entferntesten wird der Ausfall dieser Kernkraftwerke kompensiert durch Windparks, von denen bislang onshore nur 270 MW und offshore nur 350 MW in Betrieb sind. Zehn Solarparks mit einer Gesamtleistung von 35 MW komplettieren den Bestand an EE-Kapazität.

Seit 2012 bemüht sich die EnBW, die Voraussetzungen zum *Rückbau* und zur Abfalllagerung der genannten fünf KKW zu erbringen. Dafür waren 4,7

Milliarden Euro in den Atomfonds der Bundesregierung einzuzahlen, welche (hoffentlich) in all den früheren Betriebsjahren bilanziell zurückgestellt worden sind. Im Vorjahr wurde damit begonnen, an den Standorten Philippsburg und Neckarwestheim sogenannte *Reststoffbearbeitungszentren* zu errichten. Darin sollen die leicht- und mittelaktiven Abfallstoffe vom nichtradioaktiven Abfall (ca. 90 Prozent) getrennt werden. Einige Castorbehälter beabsichtigt man auf dem Neckarfluss von Obrigheim nach Neckarwestheim zu schiffen.

Kohlekraftwerke und Kolumbien

Zur Energieversorgung ist die EnBW derzeit noch auf *konventionelle Kraftwerke* angewiesen, die zu jeder Tages- und Nachtzeit zur Verfügung stehen. Das haben die kalten Wintermonate einmal mehr gezeigt. Doch gerade diese Anlagen sind kaum wirtschaftlich zu betreiben. Seit 2014 musste die EnBW deshalb für acht Kraftwerksblöcke die Stilllegung beantragen, welche aber allesamt von der Netzagentur als „systemrelevant“ eingestuft wurden. Seit 2013 wurde das Erzeugungsportfolio bereits um 40 Prozent reduziert. (Zum Umstieg auf Gas ist derzeit das Gaskraftwerk Stuttgart-Gaisburg mit 210 MW im Gange). Trotzdem sind die Kohlekraftwerke immer noch der zentrale Baustein für die Versorgungssicherheit.

Der Großteil der Kohle kommt aus dem südamerikanischen Land *Kolumbien*. Deswegen gab es bei den vergangenen Aktionärstreffen immer wieder heftige Kritik; Umweltschutzorganisationen werfen den Förderkonzernen Drummond und Prodeco Umwelt- und Menschenrechtsverfehlungen vor. Aber offensichtlich haben sich die Verhältnisse in diesem vom Bürgerkrieg zerrütteten Land erkennbar verbessert. Mit einer Delegation vor Ort konnte sich die EnBW-Manager davon überzeugen, dass die kolumbianischen Kohleproduzenten nun deutliche Verbesserungen beim Arbeitsschutz und den Gewerkschaftsrechten eingeführt haben. Ein Stopp der Kohlelieferungen, wie manche es fordern, wären weder für die Mitarbeiter vor Ort, noch für das wirtschaftlich arme Land hilfreich. EnBW wird deshalb weiterhin Steinkohle aus dieser südamerikanischen Region beziehen.

Vertrieb und Vergütung

Der Stromverkauf – sprich: der *Vertrieb* von Kilowattstunden (kWh) – ist mittlerweile zu einem schwierigen Geschäft geworden. Die Gründe dafür sind zweifacher Natur: zum einen ist der Stromverbrauch seit Jahren rückläufig; zum anderen gibt es nicht mehr (wie früher) nur wenige Stromproduzenten, sondern deren Zehntausende. All die Mini-Erzeuger von Wind- und Solarstrom dürfen nach den planwirtschaftlichen Gesetzen der Energiewende nahezu risikolos in das Stromnetz einspeisen und drücken damit die Preise. Und die Großkunden, wie Daimler, DB etc, kaufen ihren Strom billig für 2 bis 3 Cent/kWh an der Börse in Leipzig. Die EnBW wird damit immer mehr in Nischen gedrängt, wie zur Telekommunikation, zu E-Tankstellen und zur Straßenbeleuchtung. Nicht mehr um die Versorgung großer Umspannwerke geht es, sondern um einzelne Steckdosen in der Garage eines E-Mobil-Besitzers. Im Berichtsjahr 2016 hat sich die EnBW deshalb schweren Herzens entschlossen, den imageträchtigen Bereich des Großkundenvertriebs zur Gänze aufzugeben.

Ein weitreichender Schritt, den der frühere Vertriebsvorstand Dirk Mausbeck schon seit Jahren vorhergesehen hatte und mit einem Bündel von Effizienzmaßnahmen begegnen wollte. Aber Mastiaux ließ seinen Anstellungsvertrag Ende 2014 auslaufen und bestellte die Vodafone-Managerin Susan Hennersdorf als Generalbevollmächtigte für den Vertrieb. Aber auch diese, eine Branchenfremde, konnte das Ruder nicht herumreißen und gab Ende 2016 ziemlich frustriert auf. Nun sollen zwei hausinterne Vertriebler möglichst viele Kilowattstunden verkaufen. Es könnte noch schlimmer für die EnBW kommen, wenn US-amerikanische Internetfirmen sich in den Verkauf von Kilowattstunden einschalten würden. Denn bedenke: das Unternehmen *Uber* besitzt kein eigenes Taxi, hat aber das globale Mietwagengeschäft revolutioniert. Und *Airbnb* verfügt über kein einziges Zimmer und lehrt weltweit den Hoteliers das Fürchten. Demnächst eine IT-Firma (ohne Erzeugungsanlagen und Netze!), die Strom verhökert?...

Aufgrund der Einnahmeausfälle haben der CEO Frank Mastiaux und sein Finanzvorstand Thomas Kusterer inzwischen den Notanker geworfen. Wegen der finanziellen Schieflage des Konzerns sollen alle Mitarbeiter für die nächsten vier Jahre auf ihre *Erfolgsbeteiligung* verzichten. Bei den leitenden Angestellten wird die variable Vergütung entsprechend gekürzt.

Da fällt natürlich auf, dass die Aufsichtsrätin *Gunda Röstel* ihre Vergütung im Berichtsjahr 2016 – im Vergleich zum Vorjahr – von 57.000 auf 74.427 Euro erhöhen konnte. Ich frage deshalb den Vorsitzenden des Aufsichtsrats:

Welche sonderlichen Leistungen, Herr Lutz Feldmann, hat Gunda, die gelernte Sonderschulpädagogin und ehemalige Chefin der Grünen Partei für die EnBW erbracht, dass die Erhöhung ihrer Jahresvergütung um satte 30 Prozent angemessen war?

Übernommen vom Rentnerblog

hier <http://www.rentnerblog.com/2017/05/die-enbw-im-sinkflug.html>